

Das auf Amtsentlegung lautende Urteil des Disziplinar-Gerichtshofes zu Berlin gegen Prof. Behmann-Hohenberg, Dozenten an der Universität Kiel, hat die kaiserliche Bestätigung erhalten. Das Urteil gegen Professor Behmann erging, weil er seine vorgelegte Behörde in einer Rechtsverletzung beleidigt haben sollte.

Der bairische Ministerpräsident Freiherr von Podewils erlitt einen Influenzafall und muß daher das Bett hüten.

Berlin, 11. Januar. Der Röntgen-Kongress, verbunden mit einer Röntgen-Ausstellung, anlässlich der zehnjährigen Wiederkehr der Entdeckung der Röntgen-Strahlen Ostern 1905 in Berlin veranstaltet werden wird, soll im Anschlusse an die Tagung der deutschen Gesellschaften für Chirurgie und für orthopädische Chirurgie unter dem Vorsitze des Professors von Bergmann stattfinden. Professor Dr. Röntgen habe sein Erscheinen als Ehrengast zugesagt. Die Leitung des Kongresses ruht bei der Röntgen-Vereinigung zu Berlin.

Karlsruhe, 12. Januar. Die Zweite Kammer nahm heute einstimmig den Antrag an, wonach die Regierung ersucht wird, im Bundesrat dahin zu wirken, daß den Reichstagsmitgliedern Anwesenheitsgelder und freie Fahrt gewährt werden soll.

Hildburghausen, 12. Januar. Der für Kunstzwecke bestimmte Nachlaß des Malers Heinrich Vogel in Höhe von 1,300,000 Mark soll, wie die „Dortzeitung“ berichtet, zur Errichtung einer Seraphine Vogel-Familien-Stiftung für deutsche Künstler dienen. Nur Künstler, die deutsche Reichsangehörige sind, ohne Unterschied des Religionsbekenntnisses, und in München, Dresden oder Rom leben, haben Anspruch auf Unterstützung. Malerinnen sind ausgeschlossen.

**Oesterreich.**

Am welfischen Hofe in Gmunden gibt es jetzt neben dem bereits wieder in der Rekonvaleszenz befindlichen greisen Dänenkönig Christian noch einen zweiten Patienten, die Erz-Königin Marie von Hannover. Dieselbe ist von einer leichten Lungenentzündung befallen worden; bis jetzt nimmt die Krankheit einen normalen Verlauf, doch sind plötzliche Komplikationen wegen des hohen Alters der Königin keineswegs ausgeschlossen.

Der ungarische Ministerpräsident Graf Ludwig Tisza hat in seiner jüngsten Audienz beim Kaiser Franz Josef dessen Genehmigung zur energischen Bekämpfung der Obstruktion im ungarischen Abgeordnetenhaus, eventuell zu dessen Auflösung erhalten. — In der Montagssitzung der österreichischen Delegation hielt der Exche Kramarcz beim Budget des Aeußern eine hämische Rede über den Dreibund mit deutschfeindlichen Spizen.

In der Montagssitzung der Oesterreichischen Delegation sprachen nach Kramarcz noch die Delegierten Djeduszyci, Fürst Schönburg-Gardenstein, Bergelt, Freiherr v. Sedlitz, Tollinger und Graf Schönborn. Dann ergriff der Minister des Aeußern Graf Soluchowski das Wort zu längeren Darlegungen, hierbei den Dreibund, die verschiedenen Balkanfragen, die Papstwahl und das Vetorecht, die Angelegenheit des Erzbischofs Cohn und die Ausweisung des italienischen Professors Subernatis aus Innsbruck und zuletzt die Frage der Handelsverträge berührend. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Wien, 11. Januar. Das Chicagoer Brandunglück führte auch hier zu verstärkter Handhabung der Feuerpolizei. Der Unterbau der Hofoper wird im kommenden Sommer vollständig umgebaut. Die Kosten werden auf eine Million Kronen veranschlagt.

**Italien.**

In Rom wurde am Montag die erste Sitzung der beiderseitigen Delegierten für die deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen abgehalten.

**Frankreich.**

Der bekannte französische Staatsmann Waldeck-Rousseau ist an einem inneren Leiden, dessen eigentliche Natur die Aerzte noch nicht bestimmt haben feststellen können, erkrankt. Sein Zustand gilt als nicht unbedenklich, es heißt, die behandelnden Aerzte planten eine Gallensteinoperation bei ihm.

In Paris wurde am Montag ein Bankett der republikanischen Handels- und Industriekomitees abgehalten, bei welchem u. A. auch der Handelsminister Trouillot sprach. In seiner Rede führte er aus, die Republik sichere den Handelstreibenden und Industriellen des Landes, die vermöge ihrer Organisation die Republik verteidigt und ihr Geld hätten, als Gegenleistung Ordnung und

Frieden zu. Dieselben würden gewährleistet durch die mächtige Armee und die bewährte Allianz mit Rußland, wie durch das bestehende Bestreben Frankreichs, alle Zwistigkeiten unter den Völkern auf friedlichem Wege zu schlichten. Die Republik sichere ferner den Schutz der wirtschaftlichen Interessen zu, indem sie die Erneuerung vortheilhafter Handelsverträge vorbereite.

**Balkanhalbinsel.**

Am Hofe zu Belgrad fällt diesmal der übliche Empfang anlässlich des griechischen Neujahrsfestes auf Beschluß des Ministerrates aus, wohl mit Rücksicht auf die einigermaßen gespannte innere Lage Serbiens.

**Rußland.**

Die Kaiserin von Rußland leidet an einer heftig auftretenden Influenza. In den letzten Tagen zeigte sich bei der hohen Patientin eine abermalige Temperaturerhöhung; die Zarln bedarf der größten Schonung. Es ist daher auch die für Februar projektierte gewelene Uebersiedelung der kaiserlichen Familie von Petersburg nach der Krim aufgegeben worden.

**England.**

Der englische Ministerpräsident Balfour hielt in Manchester eine Rede. In derselben behandelte er die ostasiatische Krise, aber in ungemein reservierter und diplomatischer Form. Ueber die Stellung Englands im Falle eines russisch-japanischen Krieges meinte Balfour höchst vorsichtig, England pflege gegenüber seinen Verbündeten alle ihm aus den Verträgen zukommenden Verpflichtungen zu erfüllen.

London, 12. Januar. Die „Times“ wollen aus Peking erfahren haben, daß der Chinesische Gesandte in Tokio gestern dem Prinzen Tsching telegraphierte, er teile auf Wunsch des japanischen Ministeriums des Aeußern mit, daß die zweite Antwort Rußlands auf die Vorschläge Japans eingegangen, jedoch ungünstig sei und von Japan nicht angenommen werden kann. Wenn Rußland nicht nachgibt, werde sich Japan gezwungen sehen, sofort die Waffen zu ergreifen. Im Hinblick auf einen möglichen Ausbruch von Feindseligkeiten ersuche Japan China, strikteste Neutralität zu bewahren, die im Innern des Landes anlässigen Fremden zu schützen und die Ordnung besonders in Schantung und Yunnan aufrecht zu erhalten, damit fremde Mächte nicht den Vorwand der Unordnung ergreifen, um dort aggressiv vorzugehen.

**Amerika.**

Zwischen Frankreich und Brasilien sind wieder geregelte Handelsbeziehungen durch ein handelspolitisches modus vivendi hergestellt worden.

**Afrika.**

Aden, 11. Jan., abends. Die englischen Truppen hatten ein siegreiches Gefecht mit den Truppen des Mullah. Die Somalis verloren 1000 Tote. Zwei englische Offiziere wurden getötet und acht schwer verwundet. Ueber London wird amtlich über das vorerwähnte Gefecht gemeldet: General Egerton griff mit 2200 Mann englischen und 1000 Mann eingeborenen Truppen 5000 Derwische bei Dschiballi an, die wahrscheinlich die Hauptmacht des Mullah bildeten. Der Feind ging zum Angriff vor, ergriff aber die Flucht, als er in den Flanken und in der Front beschossen wurde. Englische Kavallerie verfolgte den Feind zehn Meilen weit. Die Verluste des letzteren werden auf 1000 Mann geschätzt. Zahlreiche Gefangene und 400 Gewehre fielen den englischen Truppen in die Hände. Die englischen Verluste betragen 41 Mann, darunter 2 Offiziere tot, 9 Offiziere verwundet und 1 vermißt.

**Landtag.**

Dresden, 11. Januar. Heute mittag 12 Uhr fand die 28. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer statt. Am Regierungstische Ihre Excellenzen die Herren Staatsminister v. Meißel und Dr. Rüger. Auf der Tagesordnung stand: Schlußberatung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation A über Kap. 32 und 33 des ordentlichen Staatshaushaltsetats für 1904/05, Gesamtministerium und Staatsrat nebst Kanzlei und Kabinettskanzlei betreffend. Der Berichterstatter Abg. Hänel beantragte nach kurzer Erläuterungen:

- Die Kammer wolle beschließen: a) bei Kap. 32, Gesamtministerium und Staatsrat nebst Kanzlei, nach der Vorlage die Einnahmen mit 10 Mt. zu genehmigen, die Ausgaben mit 26,315 Mt. zu bewilligen; b) bei Kap. 33, Kabinettskanzlei, nach der Vorlage die Ausgaben mit 8400 Mt. zu bewilligen.

Der Antrag zu a) wurde ohne Debatte einstimmig angenommen, zum Antrage b) erklärte Abg. Günther, er halte die Stelle des Kabinettssekretärs für überflüssig und müsse, solange ihm nicht das Gegenteil nachgewiesen würde, gegen die dafür gemachten Aufwendungen stimmen. Demgegenüber betonte Sr. Exz. Herr Staatsminister Dr. Rüger die Notwendigkeit der Stelle und bat die Kammer, dem Antrage der Deputation beizustimmen. Hierauf erklärte Abg. Günther, daß er durch die Ausführungen des Herrn Ministers von der Notwendigkeit der Stelle nicht überzeugt worden sei. Nach einem kurzen Schlußwort des Berichterstatters wurde der Antrag zu b) gegen eine Stimme angenommen. Nächste Sitzung Dienstag, den 12. Januar, 10 Uhr vormittags. Tagesordnung: Allgemeine Vorberatung über den Antrag Rüder und Gen.

Dresden, 12. Januar. Heute mittag 12 Uhr fand die zwölfte öffentliche Sitzung der Ersten Kammer statt. Am Regierungstische Staatsminister Dr. Otto. Tagesordnung: 1. Vortrag aus der Registratur und Beschlüsse auf die Eingänge. 2. Antrag zum mündlichen Berichte der vierten Deputation, die Petition der Marie Wunderlich in Dresden um Einlösung verfallener Kupons Sächsischer Staatspapiere betreffend. (Drucksache Nr. 15.) 3. Antrag zum mündl. Berichte der vierten Deputation über die Petition des Privatmanns Heinrich Dieß in Leipzig, Reformen in der Rechtspflege, sowie Verabfolgung der Gerichts- und Rechtsanwaltskosten betreffend. (Drucksache Nr. 17.) 4. Anzeige der vierten Deputation über eine für unzulässig erklärte Petition. (Drucksachen Nr. 28, 24, 25, 26, 27. und 29.) Nach Erledigung von Punkt 1 der Tagesordnung beantragte der Berichterstatter zu 2. und 3., Birkl. Geh. Rat Meusel, Excellenz, die Petitionen auf sich beruhen zu lassen. Die Anzeige unter 4 erstattet Kammerherr v. Schönberg. Nächste Sitzung morgen vormittag 11 Uhr.

Heute vormittag 10 Uhr fand die 29. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer statt. Am Regierungstische Sr. Excellenz der Herr Staatsminister Dr. Rüger. Auf der Tagesordnung stand: Allgemeine Vorberatung über den Antrag der Abgg. Rüder, Andra und Rudelt und Gen. auf Vorlegung eines die Aufhebung des § 19 des Ergänzungsteuergesetzes vom 2. Juli 1902 bestimmenden Gesetzentwurfes. (Drucksache Nr. 14.) Die Debatte eröffnete Herr Sekretär Rüder. Er legte die Gründe für den zur Vorberatung anstehenden Antrag dar und beantragte, ihn der Gesetzgebungsdeputation in Verbindung mit der Finanzdeputation A zu der Beratung zu überweisen. Abg. Schied bezeichnete es als einen ungewöhnlichen Vorgang, daß man jetzt schon wieder ändern wolle, er erkenne aber an, daß die Zweite Kammer von Anfang an gegen den § 19 gewesen sei. Er erkläre sich auch namens seiner politischen Freunde mit dem vorliegenden Antrag einverstanden. Abg. Günther sprach energisch gegen die Bevorzugung des landwirtschaftlichen Betriebskapitals. Abg. Hänel erklärte, die Besteuerung des Betriebskapitals enthalte zwar kleine Unbilligkeiten. Diese könnten aber seiner Meinung von den Landwirten mit gutem Gewissen ertragen werden. Uebrigens habe die Zweite Kammer durch ihre schließliche Zustimmung seinerzeit neben der Ersten Kammer eine gewisse Verantwortlichkeit übernommen. Abg. Steiger stimmte dem Antrage zu. Vizepräsident Dr. Schill erklärte seine Zustimmung zur Aufhebung des § 19, meinte aber, daß man, wenn man einmal ändern wolle, auch noch so und so viele andere Härten des Gesetzes ändern könnte, er gäbe das der Deputation zu erwägen. Abg. Schulze begrüßt den Antrag freudig, bezweifelte aber, daß ihm die Erste Kammer zustimmen werde. Hierauf äußerte sich Herr Finanzminister Dr. Rüger zu verschiedenen von seinen Vorrednern ausgesprochenen Meinungen. Abg. Dr. Stöckel bezeichnete das Verhalten der Zweiten Kammer bei der Beratung des Ergänzungsteuergesetzes als notwendige Erscheinung des damals erforderlichen Vereinigungsverfahrens. Abg. Hartmann erklärte sich für Aufhebung des § 19. Abg. Günther wendete sich gegen die Ausführungen des Finanzministers und des Abg. Dr. Stöckel. Abg. Schied verteidigte sich gegen einen Angriff des Abg. Dr. Stöckel. Abg. Veitbold sprach sich gegen den Antrag Rüder und Genossen aus. Vizepräsident Dr. Schill betonte, daß es in Steuerfragen keine Kleinigkeiten gebe und daß nichts größere Erbitterung erzeuge, als eine ungleiche Behandlung, möge sie auch in der Wirkung noch so wenig ausmachen. Es sprachen noch die Abg.

Andra, Finanzm... Schied, Antrag... vernehm... beratung... Nächste... Draht... Ber... Nachr... der elekt... Bororts... erscheint... kommene... bahn der... fernunge... selbst au... Berlin—... neue Ba... spielig s... die gegen... mit eine... Linie R... es nicht... Sommer... schnellen... wird. Fra... Stg... in einer... Cementf... ein südd... sich in... ständige... Fabriken... Räl... urteilte... Streite... hatte, z... In d... der Pier... schleuder... getötet... Ble... Bueger... politische... Parteifo... Ba... meldeten... sozialisti... Deputier... deutung... erklärun... Ausgesch... Namen... und m... Fählung... daß der... Seinede... die Spiz... Die opp... Wehrhe... Jaurds... der Reg... hinzu, d... Minister... radikalen... jenigen... Abstim... benugt... Driffon... Pe... aus Pe... Blattes... nächster... qués... „Russlic... teilung... feinerle... und ein... licher E... zu erwa... Ro... Vortrag... Barjuel... Theater... Ein Sch... haftet... der Ber... So... Bureau... hätte b... (für) al... dem G... die es